

STADT HILDESHEIM

2.Änderung des
Bebauungsplans EN 186
 "Einumer Pfingstanger"

Rechtsgrundlagen:

Für die 2. Änderung des Bebauungsplanes EN 186 gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 08. Dezember 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993
- die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 06. Juni 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 1991.

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung bezieht sich auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans EN 186 (sh. Übersichtsplan Seite 1).

§ 2 Bestehende Festsetzungen

Die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes EN 186 sowie seiner 1. Änderung bleiben erhalten, soweit sie durch die Festsetzungen des § 3 keine Änderung erfahren.

§ 3 Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung (§ 98 NBauO)

1. Die maximal zulässige Traufhöhe beträgt 4 m. Die Traufhöhe ist an der Außenfläche der Außenwand von der mittleren Höhe der Erschließungsstraße bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Unterseite der Dachhaut zu messen. Die Meßpunkte sind im rechten Winkel zur Straße auf die Mitte des Gebäudes zu beziehen.
(§ 56 Nr. 1 NBauO).
2. Die maximal zulässige Firsthöhe beträgt 9 m. Die Firsthöhe ist senkrecht zum First zwischen der Oberkante der Firstabdeckung und der mittleren Höhe der Erschließungsstraße zu messen. Die Meßpunkte sind im rechten Winkel zur Straße auf die Mitte des Gebäudes zu beziehen.
(§ 56 Nr. 1 NBauO)

Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den
Stadtvermessungsamt

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 20.10.1993

Stadtplanungsamt

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuß der Stadt in seiner Sitzung am 25. 10. 1993 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß wurde am 30. 10. 1993 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Auf die Unterrichtung und Erörterung wurde gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses der Stadt vom 25. 10. 1993 verzichtet.

Hildesheim, den 02.11.1993

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuß der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 25.10.1993 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 27.10.1993

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 09.11.1993 bis 08.12.1993 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Die Auslegung ist am 30.10.1993 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 10.12.1993

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.
Der Verwaltungsausschuß der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 14.03.1994 als Satzung beschlossen.
Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 29.03.1994

Oberbürgermeister

Oberstadtdirektor

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 21.04.1994 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen / mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch kenntlich gemachten Teile nicht geltend gemacht.

Hannover, den 13.06.1994

Bezirksregierung Hannover
Im Auftrage

Der Rat der Stadt ist den In der Verfügung vom (Az.) aufgeführten Maßgaben/ Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 06.07.1994 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 06.07.1994 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

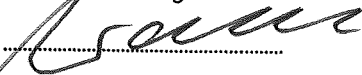
Hildesheim, den 06.07.1994

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungs-
planes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvor-
schriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes
nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 10.07.1995

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage



Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungs-
planes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht
worden.

Hildesheim, den 06.07.2001

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

